

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **16 (1922)**

Heft 12

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rundschau

I. Ein Dokument zur Vermögensabgabe. Die Synodalkommission der Waadtländer Staatskirche hat an die Pfarreien und Pfarrer, die ihr angehören, folgenden Aufruf erlassen:

«Die Synode hat einstimmig folgende Resolution angenommen: Ueberzeugt, dass unser Volk in seiner grossen Mehrheit den fundamentalen Prinzipien der christlichen Moral treu bleibt, die die Grundlage der Existenz der schweizerischen Nation bilden, läßt die Synode die Synodalkommission ein, an die Pfarreien eine Botschaft zu richten, um die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf die Schwere der Frage zu lenken, die dem Gewissen unseres Volkes am 3. Dezember gestellt wird.

Das Evangelium, als Inspiration der göttlichen Liebe, ist mit keinem politischen oder ökonomischen System solidarisch. Die Geschichte zeigt uns, wie gefährlich die Vermischung der Sache der Monarchie mit dem Christentum, des Trones mit dem Altar gewesen ist. Der heutige Welt-Affarismus provoziert die Verurteilung durch das Gewissen der Menschen. Bei Gelegenheit des Kongresses von Genua haben die Kirchen ihren Protest erhoben. Ist nicht dieser Affarismus eines der grössten Hindernisse für die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Völkern?

Aber wenn die Frage, die am 3. Dezember zur Abstimmung vorgelegt wird, sich zunächst als eine wirtschaftliche Frage darstellt, so bedeutet sie doch zugleich ein moralisches Problem, das an die Grundlagen der schweizerischen Eidgenossenschaft rührt. Wer den Glauben an den himmlischen Vater nicht von seiner Hingabe an das irdische Vaterland trennt, kann nicht gleichgültig bleiben gegenüber diesem Angriff auf die Prinzi-

pien, die die Grundlage unseres nationalen Gebäudes bilden.

Anno 1918 haben sich unsere durch die Grippe dezimierten Truppen zur Erhaltung der politischen Ordnung, zur Verteidigung der Demokratie gegen die Anarchie erhoben. Heute würde die vorgeschlagene Abgabe vom Vermögen die Unordnung im Schosse des wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes erzeugen. An Stelle der Zusammenarbeit aller zu mehr Gerechtigkeit für alle, unternehmen die Initianten ihren Feldzug im Namen des Klassenkampfes. Alles aber, was auf dem Hass ruht, kann nichts anderes erzeugen als schwere moralische Störungen. Die Unordnung aber, sei sie politisch, wirtschaftlich oder moralisch, ist ein Auflösungsmittel für das nationale Leben; sie droht unsere Schweiz bis in die Fundamente zu erschüttern. Die Ordnung ist die Grundlage des geistigen Lebens, der Moral wie der Religion. Ein Volk kann ohne sie nicht leben. Eine Frage, wie die, welche die schweizerischen Abstimmenden lösen sollen, bringt über unser Volk eine tödliche Krisis. Wie könnten die Gläubigen unserer Kirche dabei gleichgültig bleiben? Ein Mönch in seiner Zelle führt ein beschauliches Leben, fern von aller menschlichen Erregung, aber ein Christ, der sein Vaterland liebt, muss in die Arena treten und seinen Anteil an der Verantwortung auf sich nehmen; er muss seine Bürgerpflichten erfüllen. Ihr werdet daher die gestellte Frage prüfen und Euer Urteil nach Eurem Gewissen abgeben.

Die niedrigen Leidenschaften des Neides, der Eifersucht, des Hasses, sind dem Flugsand ähnlich, ein soziales Gebäude, das auf sie gegründet wäre, könnte nicht bestehen. Die Heiligkeit, die Gerechtigkeit, die Liebe sind ewige Prinzipien. Nur dasjenige Volk, das davon aus-

geht, widersteht allen Stürmen und ist auf den Felsen gebaut. Möchte unsere geliebte Schweiz mehr und mehr von christlichem Geiste durchdrungen werden, der die höchste und letzte Inspiration bleibt.»

* * *

Ueber dieses Dokument liesse sich eine Broschüre schreiben. Es ist bezeichnend durch seine Halbheit, die Schwächlichkeit seines Tones, sein schlechtes Gewissen. Fast möchte man meinen, eine politische Grösse habe es bestellt. Man erklärt das Vaterland und alles Heiligste für bedroht und spürt doch, dass es etwas schwierig ist, das Privateigentum als das christliche Allerheilige zu verteidigen. Manches ist an dem Dokument erfreulich, so die energische Erklärung, dass der Christ sich um die Politik zu bekümmern habe, dass das Evangelium nicht mit irgend einer weltlichen Ordnung zu solidarisieren sei; ebenso ist das, was es von den letzten Prinzipien sagt, gewiss richtig. Aber nun die Anwendung! Zuerst einmal der Widerspruch zu sich selbst, dass es das Evangelium mit der heutigen Wirtschaftsordnung solidarisiert, d. h. mit der unbeschränkten Herrschaft des Privateigentums. Wie viel näher wäre doch gelegen, das vom Affarismus Gesagte auch auf die soziale Versöhnung zu beziehen. Dann die ungeheuerliche Voraussetzung, dass das Privateigentum zu den Fundamenten der christlichen Moral gehöre, während doch jedes Kind aus dem Evangelium das Gegenteil weiss. Weiter die grenzenlos naive Annahme, dass das heutige System «Ordnung» bedeute, während es doch die wildeste Anarchie und alles eher als «Heiligkeit, Gerechtigkeit und Liebe» ist; endlich die Wiederholung der Mätzchen über den Novemberstreik 1918 mit der üblichen Verherrlichung des Ordnung stiftenden Maschinengewehres; die einseitig bloss gegen die

Initianten gerichteten Anklagen, die in dieser Allgemeinheit eine krasse Unwahrheit sind; die Unaufrichtigkeit, die auf die Gewissensprüfung abstellt, aber das Ergebnis vorwegnimmt und endlich das Fehlen jedes Appells zu Gunsten einer richtigen Verteilung und Verwendung des Reichtums und eine bessere soziale Fürsorge.

In dieser ganzen Halbheit und Unaufrichtigkeit ist das Dokument leider ein nur allzu treues Spiegelbild unseres offiziellen Kirchentums und Christentums. Und nicht ein Mann hat an dieser christlichen Synode dagegen gestimmt!

L. R.

II. Eine andere Stimme. In einem Heft des Jesuiten Pesch über den «Neubau der Gesellschaft» wird als Forderung des Christentums völliger Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verlangt. «Wir müssen das Volk darüber belehren», so heisst es da (Seite 8), «dass der individualistische Kapitalismus in schroffstem Gegensatz steht zur christlichen Soziallehre und Moral, dass eine Verfassung, welche die Volkswirtschaft in eine Summe von Einzelwirtschaften auflöst, von denen jede ungehemmt und ohne Mass dem eigenen Gewinn nachgeht, wo die Bedarfsdeckung des Volkes nicht Ziel ist, sondern zum blossen Mittel wird im Dienste privater Gewinnsucht, wo die Persönlichkeit des Arbeiters die gebührende Anerkennung und Achtung entbehrt, seine Stellung im Produktionsprozesse verkannt, der Lohn nur als lästiges Kostenelement in der privatwirtschaftlichen Berechnung, als Minderung der Rentabilität, empfunden wird, wo der Stärkere den Schwachen rücksichtslos niederkonkurriert, mit allen Mitteln dem Untergang zuführt, wo die Unwahrhaftigkeit der Reklame sich herrlich lohnt usw., wo ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einkommen Beuteeinkommen ist, wo Drohen ohne volkswirtschaftlich wert-

volle Leistung vom Schweisse des Volkes leben und sich mästen, kurz, dass eine Volkswirtschaftsverfassung, in welcher Volkswirtschaft ganz von dem privaten Geldinteresse beherrscht wird, wo man den Profit unter dem Schleier einer verfälschten Produktionskostenberechnung und mit den dunkeln Mitteln der Geheimdiplomatie und raffinierten Bilanzen zu verdecken versteht, wo der materialistische, mammonistische Geist oberster Leiter ist — dass eine solche kapitalistische Wirtschaftsordnung nur ein Gegensatz zur christlichen Moral geworden ist, und bis heute ihre schmachvolle Existenz geführt hat. Kapitalismus und Christentum stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser.» Was sagt dazu die waadtländische Synode mit ihren «fundamentalen Prinzipien der christlichen Moral»? Sollte es möglich sein, dass in diesem Falle der Jesuit in der Bibel sässe und wir daneben?», fragt mit Recht Flemmig im «Neuen Werk», dem wir das Zitat entnehmen. L. R.

III. Sonderegger für eine starke Armee gegen den innern Feind. Am Montag, den 4. Dezember, abends, referierte der schweizerische Generalstabschef Sonderegger im grossen Saale zu «Kaufleuten» über das Thema: «Die internationale Abrüstung und die Schweiz» in einer von den «Freisinnigen Junioren» einberufenen öffentlichen Versammlung. In der Meinung, dass das, was «unser» höchster militärischer Führer zur Abrüstung zu sagen habe, das ganze Volk interessieren dürfte und nicht nur die zahlreich erschienenen bürgerlichen Leute, sei kurz der Inhalt der Ausführungen Sondereggers skizziert:

Die Sehnsucht nach Frieden war schon in alten Zeiten in den Völkern vorhanden. Heute wieder, nach dem Weltkriege, werden immer mehr Stimmen laut, die nach Abrüstung rufen. Der Völkerbund ist aus diesem Verlangen heraus

entstanden. Er ist mit dem Zwecke geschaffen worden, künftige Kriege zu vermeiden. Entweder erreicht

Ziel dadurch, dass militärische Macht seitens der Völkerbundsmitglieder einen Friedensstörer in die Schranken weist, oder dadurch, dass die Abrüstung ernsthaft durchgeführt wird. Mit Bezug auf diese Aufgaben hat der Völkerbund versagt. Er hat nicht erreichen können, dass militärische bzw. wirtschaftliche Repressalien gegenüber einem Friedensbrecher für Völkerbundsmitglieder obligatorisch erklärt werden konnten und er hat weiter nicht zu einem Abrüstungsabkommen führen können — weil eben Voraussetzung dazu wäre, dass alle mitmachen müssten. Das Ergebnis der Abrüstungskommission des Völkerbundes ist: Eine militärische Abrüstung hat die moralische zur Voraussetzung, diese hinwiederum eine Gesundung der politischen Lage, bzw. das Gleichgewicht der Finanzen in internationaler Hinsicht. Erst wenn die Weltlage eine bessere geworden ist, vermag der Völkerbund etwas zu erreichen! Auch mit dem Abkommen von Washington (Abrüstung zur See) ist es nicht weit her — insofern nämlich, als dieses einfach nicht ratifiziert wird, und damit alles beim Alten bleibt.

Es sind zweierlei Argumente, die für die Abrüstung vorgebracht werden. Erstens wirtschaftliche und dann pazifistische. Gegenüber den wirtschaftlichen Einwänden verweist Sonderegger lediglich auf die Tatsache, dass vor dem Kriege bei grösseren Rüstungen eigentlicher Wohlstand bei glänzender Prosperität der Wirtschaft bestanden habe. (!) Bei den Pazifisten ist zu unterscheiden zwischen ideellen und aktiven Pazifisten. Die ideellen Pazifisten geben selber zu, dass zuerst die Rassenversöhnung zustande kommen muss, bis Kriege verunmöglicht werden können. Hinter den aktiven Pazifisten steckt immer der Sozialismus, bzw. Kommunismus (Bar-

busse, Eisner). Zudem sind es immer Juden, wie auch der Vater der Vermögensabgabe, Goldscheid, natürlich nur ein Jude sein konnte. Zuerst muss jeder Pazifist analysiert werden. Ist er nicht ein Ausländer, ein Bolschewik oder ein Feigling, so bleibt nichts als ein guter Teufel, der es nicht besser versteht, der aber leicht eines Besseren zu belehren sein wird. Hinter den religiösen Gründen verbergen sich Psychopathen, sofern es sich nicht um Schindluderei handelt. Auf alle Fälle ist hinter den religiösen Antimilitaristen der bolschewistische Pferdefuss zu konstatieren. Da den Umstürzern der Umstand, dass unsere Armee tief im ganzen Volke wurzelt, ein Dorn im Auge ist, soll nun die Pastete geteilt werden. Durch einen möglichst angenehmen Zivildienst sollen grosse Teile der Armee von dieser getrennt werden, damit dieselbe dann umso eher bekämpft werden könne. Es muss vor allem genau darauf geachtet werden, welche Form der Kampf gegen unsere Armee annimmt. Hier ist alle Vorsicht am Platze. Am Sonntag ist das Vaterland aus grosser politischer und wirtschaftlicher Gefahr errettet worden. Gerade der Buchdruckerstreik beweist durch sein Einsetzen vor der Vermögensabgabe - Abstimmung, wie eine «fremde Hand» in unserem Lande regiert und der Arbeiterschaft von aussen diktiert. Diese fremde Hand in unserem Lande, die ganze innere Lage, erlaubt uns nicht, an eine Abrüstung zu denken. H. A. im «Volksrecht».

IV. Sozialistische Einheit. Die zweite Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft wollen sich zusammenschliessen. So ist im Haag entschieden worden. Es ist das Beste, was geschehen kann und wenn die schweizerische Partei recht beraten ist, dann macht sie

mit. Sie wird ja eines Tages doch müssen. Sich jetzt mit den Bolschewisten in einer Internationale zusammenzufinden, ist eine Utopie, wie doch wohl «Volksrecht» und «Tagewacht» auch wissen. Es muss noch viel Wasser in den Rhein laufen, bis diese Einigung aller Sozialisten möglich ist. Aber wenn einmal ein sehr grosser Teil beisammen ist, dann mag er ja sehen, ob von Fall zu Fall ein Zusammengehen mit den Uebrigen tunlich ist. Dieser Zusammenschluss sollte ohnehin nicht auf Grund eines abstrakten und dogmatischen Programms, sondern im Hinblick auf ganz bestimmte und klare praktische Aktionen erfolgen. Und eine gewisse sozialistische Mannigfaltigkeit ist einer Uniformität mit all ihrem Zentralismus, Bürokratismus und all ihrer offenen und versteckten Diktatur Weniger bei weitem vorzuziehen. Die rechte Einigkeit muss, wenn sie etwas taugen soll, aus dem Geiste kommen, nicht aus der Organisation. L. R.

V. Armenien. Für uns andere besteht ein Hauptinteresse an der Lausanner Konferenz darin, dass von ihr das Schicksal Armeniens stark abhängen wird. Gewaltige Anstrengungen werden von allen Seiten gemacht, dass ihm eine freie «Heimstätte» geschaffen werde. Die Aussichten hiefür sind, menschlich gesprochen, gering, aber wir sagen: «Dennoch!» — und kämpfen mit, jeder wie er kann. Diese furchtbare Wunde am Leibe der Menschheit, und besonders der Christenheit, muss geheilt werden; allen Jungtürken und Diplomaten zum Trotz! L. R.

Wer will ein verlassenes Kind aufnehmen? Es ist leider eine Tatsache, dass fortwährend arme, verlassene Kinder in arme Heimatsgemeinden abgeschoben und von da oft in einer Seele und Körper gefährdenden Weise verkostgeltet werden, während zu gleicher Zeit manch ein warmherziges, kinderloses, in geordneten Verhältnissen

lebendes Ehepaar vergeblich nach einem Geschöpfchen sucht, auf das es seine Liebe übertragen, und das es zu einem gütigen, tüchtigen Menschen erziehen möchte.

Unsagbar Wertvolles ist schon verloren gegangen durch das Fehlen einer bekannten Zentrale, die sich solcher Fälle angenommen hätte. — Diesem Mangel abzuhelpfen, gleichzeitig auch um den in der Schweiz noch nicht ausgerotteten Kinderhandel entgegenzutreten, ist im Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein eine Kommission erstanden, die es sich zur Aufgabe macht, Fäden zu spinnen zwischen elternbedürftigen Kindern und kinderliebenden Menschen, welche gewillt wären, Elternpflichten auf sich zu nehmen, Elternpflichten im hohen Sinne des Wortes.

Die Kommission ist sich wohl bewusst, dass ihre Aufgabe eine ausserordentlich verantwortungsvolle, heikle und schwierige ist. Insbesondere da es sich nicht immer, ja in den wenigsten Fällen, um Waisenkinder handelt. Aber wenn alle Kreise, die ein warmes Herz für die Kinderwelt haben, mithelfen wollen, die Bestrebungen der Kommission zu unterstützen, so wird deren Arbeit mit der Zeit Segen bringen können.

In den ersten Monaten ihrer Tätigkeit hatte die Zentrale mehr Anmeldungen von gut empfohlenen Kindersuchenden, als Anmeldungen von verlassenen Kindern aufzuweisen. Inzwischen aber haben Amtsvormundschaften und Jugendfürsorgen ihre Schützlinge angemeldet und es

hat sich das Verhältnis dahin verschoben, dass wohl jetzt noch ein paar gute Heimplätzli für Maitelli von zwei bis zehn Jahren offen stehen, aber für kleine Buebli Eltern gesucht werden müssen.

Ob wohl unter den Lesern der «Neue Wege» jemand wäre, der so ein verlassenes, armes, aber munteres und liebebedürftiges Bürschchen an Kindesstatt nehmen, oder doch kostenlos erziehen würde?

Zur Auskunft gerne bereit per Unentgeltliche Kinderversorgung des schweizerischen gemeinnützigen Frauenvereins:

Martha Burkhardt, Rapperswil
(St. Gallen).

Versammlungen

Bern. Die nächste Zusammenkunft der Freunde der «Neuen Wege» findet statt Mittwoch, den 17. Januar 1923, abends 7 $\frac{3}{4}$ Uhr im alkoholfreien Restaurant «zur Münz», Marktgasse 38.

Wir werden die Freude haben, an diesem Abend fremde Gäste bei uns begrüssen zu können, indem einige Mitglieder des Vorstandes der Christlichen Internationale, der Bewegung, die von B i l t h o v e n ausging, anwesend sein werden. Sie werden uns von ihren Zielen und ihrer Arbeit erzählen, nicht in Form von Vorträgen, sondern in zwanglosem Gedankenaustausch. Wir hoffen, dass recht viele Leser der «Neuen Wege» an dieser Zusammenkunft teilnehmen werden. Auch Gäste sind jederzeit herzlich willkommen.

Der Ausschuss.

Zum Schluss des Jahrgangs

Zum Abschluss des Jahrganges möchten wir unsern Lesern und Freunden gern eine kurze Rechenschaft ablegen. Wir haben uns bemüht, der Doppelaufgabe gerecht zu werden, die wir uns von neuem gestellt haben: die letzten Grundlagen unseres Glaubens und Hoffens immer klarer herauszustellen und herauszuarbeiten — soweit es nötig